

Das Student\*innenparlament hat in seiner 9. ordentlichen Sitzung des 12. StuPas am 13. Dezember 2017 folgenden Aufruf zu Aktionen und Demonstration am International Migrants Day (18. Dezember 2017) beschlossen:

---



## **Stop Wars on Migrants – Beendet Gewalt gegen Migrant\_innen!**

### **Demonstration in Lüneburg am Montag, den 18.12.2017**

Wir rufen auf, am International Migrants Day gemeinsam gegen Gewalt an Migrant\_innen auf die Straße zu gehen. Dabei wollen wir insbesondere gegen die dramatischen Menschenrechtsverletzungen an Migrant\_innen in Libyen demonstrieren. Wir zeigen uns solidarisch mit dem Aufruf des Refugee Accomodation Space City Plaza in Athen. Unter dem Motto „Keine europäischen Gelder für Sklaverei in Libyen: Stoppt Kriege gegen Migrant\_innen!“ fordert diese Initiative zu internationalen Protesten auf.

In Libyen werden Migrant\_innen gewaltsam in Lagern eingesperrt, wo sie gefoltert und als Sklav\_innen verkauft werden. Dies ist eine Folge des Bürgerkrieges im Land. Seit dem Ausbruch des Krieges kämpfen bewaffnete Milizen untereinander und mit der Regierung in Tripolis um die Kontrolle einzelner Regionen. Für die vielen Menschen, die über Libyen versuchen nach Europa zu gelangen, ist diese Situation eine Katastrophe: Sie werden von Milizen entführt, die damit Lösegelder erpressen wollen. Wer die Lösegelder nicht zahlen kann, wird getötet oder als Sklav\_in verkauft. Die EU fördert diese Zustände durch die Zusammenarbeit mit libyschen Milizen und die Finanzierung der sogenannten libyschen Küstenwache. Das Leiden der Migrant\_innen wird von den europäischen Staaten so bewusst als Abschreckungsmaßnahme eingesetzt. Dies reiht sich ein in das tödliche Programm einer „Festung Europa“. Die europäischen Staaten, die durch Kolonialismus, Krieg und Klimawandel Flucht mitverursachen, setzen auf Abschottung, anstatt sich ihrer Verantwortung zu stellen.

Der Krieg gegen Migrant\_innen findet jedoch nicht nur an den europäischen Außengrenzen statt. Er äußert sich in Gesetzen, die die Freiheit von Migrant\_innen in jeder Hinsicht einschränken. Er äußert sich auch darin, dass Menschen durch Abschiebungen in Lebensgefahr gebracht werden. Insbesondere schockieren Abschiebungen in Bürgerkriegsländer wie Afghanistan, wo sich die Sicherheitslage seit Jahren verschlechtert.

Wir fordern ein Ende der Gewalt gegen Migrant\_innen. Wir fordern die sofortige Einstellung der Finanzierung von Folter und Sklaverei in Libyen. Wir fordern sichere Einwanderungswege, um das Sterben im Mittelmeer zu beenden. Wir fordern ein Ende rassistischer Migrationspolitik und ein generelles Verbot von Abschiebungen.

**Globale Bewegungsfreiheit ist ein Menschenrecht - Solidarität mit Migrant\_innen!**

Wir sind eine friedliche Protestbewegung. Rechtsradikale, rassistische, sexistische und antisemitische Einstellungen lehnen wir ab. Unsere Empörung richtet sich nicht gegen einzelne Personen / Beamt\_innen, sondern gegen politische Machtverhältnisse.